

Bonn, 09.10.2008
BaFin
Bankenaufsicht

gef.:
gel.:
abges.:

Vfg.

1. Vermerk

Zusammenfassung der Gespräche zur Stützung der **Hypo Real Estate Gruppe (HRE)** vom 26.09.2008 – 28.09.2008 im Frankfurter Dienstsitz der BaFin

Anlass:

Die HRE befindet sich in erheblichen Liquiditätsschwierigkeiten; Herr Funke hat vergeblich nach einer privatwirtschaftlichen Lösung gesucht. Auch die Bemühungen der Kreditwirtschaft unter Führung der Deutsche Bank AG, der HRE eine Liquiditätslinie i.H.v. 15 Mrd. EUR gegen Sicherheiten zur Verfügung zu stellen, sind gescheitert (s. hierzu Telefonvermerk von Herrn Güldner vom 23.09.2008 und E-Mail von HV München vom 24.09.2008). An diesem Wochenende muss eine tragfähige Lösung gefunden werden, um der drohenden Illiquidität und den daraus zwangsläufig resultierenden aufsichtlichen Maßnahmen zu begegnen. Die Aufsicht hat deshalb Vertreter der HRE und der Kreditwirtschaft eingeladen, um eine private Auffanglösung für die HRE zu moderieren. Der Aufsichtsratsvorsitzende der **HRE Holding AG (Holding)**, Herr Viermetz, wandte sich in dieser Angelegenheit mit Schreiben vom 23.09.2008 direkt an das BMF (Kopie an Bundesbank und BaFin). Sollte bis Montag, dem 29.09.2008, keine Lösung gefunden werden, müssten wegen der drohenden Illiquidität der **DEPFA Bank plc., Dublin (DEPFA)**, den Ad hoc-Pflichten der Holding und den dadurch entstehenden Folgen für die deutschen Einheiten Moratorien erlassen werden.

Freitag, 26.09.2008, 14:30 Uhr:

[HRE-Gruppe: Vorstände: Herren Funke (Vorstandsvorsitzender), Dr. Fell (CFO), Frau von Oesterreich (CRO) sowie die Herren Ahlers, Dr. Bendfeld, Böckler, Glynn, Dr. Stock, Wolf und drei Vertreter der Kanzlei S.

Prüfungsverband deutscher Banken (PdB): Herren Lindlar, Hemker und Lutz (Expertenteams auf Abruf).

Deutsche Bundesbank: Herren Prof. Dr. Weber (etwas später; Präsident), Loeper (Leiter Bankenaufsicht Zentrale) und Jakob (HV München), gegen Ende Herr Prof. Dr. Zeitler (Vizepräsident).

BaFin: Herr Sanio (Präsident der BaFin), Frau Lautenschläger (Exekutivdirektorin Geschäftsbereich Bankenaufsicht), Frau Menke (Abteilungspräsidentin Großbankenaufsicht), Herr Eufinger (Abteilungspräsident Insiderüberwachung, Ad-hoc-Publizität, Marktüberwachung und -analyse), Herr V (Referent), Herr B (Referent).]

Sanio leitet die Sitzung ein und macht deutlich, dass das Ziel der Gespräche die Unterstützung der HRE durch die Kreditwirtschaft sei. Solange die HRE nicht in eine Moratoriumssituation gelange, sei die Rolle der Aufsicht auf die Moderation zwischen der HRE und der Community beschränkt. Anschließend stellt der PdB seine Teilnehmer vor und erklärt, dass man Expertenteams in der Hinterhand habe.

[Diese Teams halten sich während des gesamten Wochenendes in den Räumlichkeiten der BaFin auf. Deren Expertise (z.B. rechtliche Fragen) bzw. Berechnungen (z.B. Liquiditätsbedarf) sind eine wesentliche Grundlage der Gespräche. Die Deutsche Bank hat nach Angaben von Herrn Funke eigene Experten bei der HRE (E-Mail der HV München vom 24.09.)]

Liquiditätssituation:

Funke führt aus, dass die HRE profitabel sei. Die nunmehr aufgetretenen Liquiditätsprobleme resultierten aus der DEPFA. Probleme bestünden u.a. bei der Refinanzierung des Infrastrukturportfolios. Man habe zwar freie Assets, diese seien jedoch nicht notenbankfähig. Eine längerfristige Refinanzierung sei nicht mehr möglich, der täglich zu refinanzierende Betrag („Schneeball“) werde immer größer. Der Fundingbedarf der DEPFA betrage 24 Mrd. EUR in 2008 und 9 Mrd. EUR in 2009. Dagegen stünden im Konzern 42 Mrd. EUR an Sicherheiten (u.a. Infrastrukturfinanzierungen der DEPFA). Die Gruppe habe Gespräche mit der Deutschen Bank und der Commerzbank bzgl. einer Beleihung dieser Sicherheiten geführt. Da der Marktwert der Sicherheiten deutlich geringer sei als 42 Mrd. EUR habe man sich um eine Linie i.H.v. 15 Mrd. EUR bemüht. Dieser Betrag würde die Refinanzierung der Gruppe bis November 2008 sicherstellen.

Sanio entgegnet, dass seitens der Aufsicht eine Dauerlösung gewünscht sei. Die HRE wird aufgefordert den tatsächlichen Liquiditätsbedarf zu erläutern:

Dr. Fell trägt vor, dass die Hypo Real Estate Bank AG (HREB) und die Hypo Real Estate Bank International AG (HREBI) genügend EZB-fähige Sicherheiten besäßen, um - bis auf 200 Mio. EUR - bis zum Jahresende durchfinanziert zu sein. Auf Nachfrage von Lautenschläger führt er aus, dass die Berechnung den „worst case“ darstelle und es keine „trigger“ bzw. „clauses“ gebe, die den Liquiditätsbedarf erhöhen

könnten. Es gebe zudem Darlehensanteile i.H.v. 8,5 Mrd. EUR, die derzeit nicht Bestandteil der Pfandbrief-Deckungsmassen seien. Mittels Selbstverbriefung könnten diese EZB-fähig gemacht werden. Für 2009 bestehe im unsecured-Bereich nach Berücksichtigung anstehender prepayments (vorzeitige Tilgungen) eine Unterdeckung von 1,6 Mrd. EUR. Zur Schließung der Lücke wolle man auf Selbstverbriefung bzw. Darlehensverkäufe, auch unter Eingehung von Verlusten, zurückgreifen. HREB bzw. HREBI seien auch in 2009 durchfinanziert, das Rating werde sich jedoch voraussichtlich auf B- reduzieren.

Bzgl. der DEPFA müssten 55 Mrd. EUR im Money Market finanziert werden. Vor Ausbruch der Finanzmarktkrise habe man Laufzeiten von 6-9 Monaten abschließen können, vor dem Lehman-Fall immer noch 3-6 Monate. Seit dem Zusammenbruch von Lehman habe man jeden Tag ca. 3 Mrd. EUR „rollen“ können, heute (26.09.08) jedoch nur noch 1,3 Mrd. EUR, davon nur 100 Mio.-EUR mit Laufzeiten von über einem Monat. Von den 55 Mrd. EUR würden 46 Mrd. EUR bis Jahresende fällig. Durch dagegen stehende Assets und laufende Portfoliooptimierungsmaßnahmen könne der zu refinanzierende Betrag für 2008 auf 24 Mrd. EUR gesenkt werden. In 2009 seien dann die letzten 9 Mrd. EUR vom Money Market fällig, benötigt würden in 2009 jedoch 10 Mrd. EUR.

Insgesamt bestehe (ohne Assetverkäufe) eine „strukturelle Lücke“ i.H.v. 34 Mrd. EUR. Bei Umschichtung von Geldern innerhalb der Gruppe könne die Liquidität noch für zwei Wochen dargestellt werden.

[Die Berechnungen des PdB brachten keine wesentlich anderen Ergebnisse, über die gesamten Gespräche gehen alle Teilnehmer von einem Maximalliquiditätsbedarf für 2008 und 2009 von insgesamt 35 Mrd. EUR aus.]

Sanio stellt fest, dass die Gruppe für den Fall des Bekanntwerdens der Schieflage keinerlei externe Refinanzierung mehr erhalten werde. Lindlar fügt hinzu, dass HREB und HREBI die benötigte Liquidität für die DEPFA nicht stellen könnten, ohne sich selbst zu gefährden.

Patronatserklärungen etc. (Dr. Fell, Funke):

Erklärung gegenüber Ratingagenturen, zB. „freiwillige Überdeckung“ für Pfandbriefe zur Sicherstellung der Ratings.

Gewinn- und Verlustabführungsvertrag (mit DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG).

HREBI Kredit über 2 Mrd. EUR (später wurde der Betrag auf 2,6 Mrd. EUR korrigiert) an Holding (zum DEPFA Kauf).

Linien zwischen DEPFA und HREB, diese netteten sich weitgehend.

Insolvenz der Holding führe sofort zur Insolvenz der HREBI.

Konzernstruktur:

[In der Anlage befindet sich ein Schaubild der Konzernstruktur, das ausgeteilt wurde.]

Bei Illiquidität der DEPFA verliere die Holding ihren Beteiligungsbuchwert i.H.v. 5,4 Mrd. EUR. Der Holding verblieben dann noch 2,3 Mrd. EUR Eigenkapital, dagegen stünden 2,6 Mrd. EUR an Verbindlichkeiten (Kreditforderung der HREBI). Die Loslösung der deutschen Töchter aus der Holding sei ohne weiteres nicht machbar. Bei einer Insolvenz der Holding sei zumindest die HREBI ebenfalls sofort überschuldet.

Genannt wurden folgende Alternativen:

15 Mrd. EUR Liquiditätslinie, reicht ohne Kapitalmarktzugang bis ca. Ende November 2008. Danach sind bis auf 8,3 Mrd. EUR Nachrang-Commercial Real Estate (Gewerbeimmobilien) keine Sicherheiten mehr vorhanden. Lindlar führt hierzu aus, dass nach dem Bekanntwerden der 15 Mrd. EUR-Vereinbarung vermutlich nichts mehr „gerollt“ werden könne.

Gesamtlösung: 34 Mrd. EUR – x aus Verkäufen von Anlagevermögen (5 Mrd. EUR realistisch). Dies decke den Bedarf bis Ende 2009.

[Herr Prof. Dr. Zeitler kommt hinzu.]

Lindlar fasst zusammen, dass das Liquiditätsproblem in erster Linie bei der DEPFA liege. Der PdB werde in der morgigen Sitzung erste Detailüberlegungen präsentieren.

Es wurde deutlich, dass vielfältige interne Kreditbeziehungen/Verflechtungen zwischen der DEPFA und der Holding bzw. ihren deutschen Einheiten bestehen.

[Ende 17:30 Uhr.]

Samstag, 27.09.2008:

[10:00 Uhr: Beginn der Sitzung (HRE, PdB, Bundesbank, BaFin).

Ab 10:40 Uhr: Sitzung im kleinen Kreis.

13:50 Uhr: Versand des gemeinsamen Schreibens der Aufsicht an BMF.

13:53: Telefaxe an BMF/Staatssekretär Asmussen.

14:05 Uhr: E-mail an Herren Asmussen, Wenzel, Frau Preuss.

Nachdem deutlich wird, dass die zwischen HRE und Kreditwirtschaft verhandelte Linie von 15 Mrd. EUR nicht ausreicht, um die HRE dauerhaft zu stützen, wird das BMF mit vorgenanntem Schreiben über den derzeitigen Stand und über die zu erwartenden Konsequenzen für

den Fall des Scheiterns der Stützung informiert. Es wird um hochrangige Teilnahme des BMF an den Besprechungen ab 15:00 Uhr gebeten].

Samstag 27.09.2008, 15:05 Uhr:

[Commerzbank: Herr Blessing.

Deutsche Bank: Herr Dr. Ackermann, Herr Dr. Bänziger.

Telefonisch zugeschaltet: Herren Müller (BdB-Präsident), Dr. Sprißler (HVB), Schmitz (BdB, HSBC Trinkaus&Burkhardt).

PdB: Herr Lindlar.

Deutsche Bundesbank: Herren Prof. Dr. Weber und Prof. Dr. Zeitler.

BaFin: Herr Sanio, Frau Lautenschläger, Herr Dr. Budäus (Referatsleiter Ad-hoc-Publizität, Directors' Dealings und Börsenkompetenzzentrum), Herr Bläser.]

Weber informiert über das gemeinsame BaFin/Bundesbank Schreiben an das BMF. Dieses beschreibe die drohenden Verwerfungen auf dem Finanzplatz Deutschland für den Fall, dass eine Auffanglösung scheitere. Eine Teilnahme des zuständigen BMF-Staatssekretärs an der heutigen Sitzung sei bisher nicht in Aussicht gestellt worden. Die angebotene Teilnahme eines Unterabteilungsleiters als „Gasthörer“ habe man abgelehnt.

Bänziger führt aus, dass ein schlimmeres Szenario als bei Lehmann Brothers drohe; danach habe die FED eine Absicherung über 87 Mrd. \$ gegeben. An dieser fehle es in Europa, so dass es am Montag in Europa keine Refinanzierung für Kreditinstitute mehr geben werde. Weber führt aus, dass er die Gesamtlage auch mit Herrn Trichet besprochen habe. Notwendig sei eine konzertierte europäische Aktion. Im Euroraum könne Liquidität nur an solvente Banken gegeben werden. Zunächst müsse die Solvenz der HRE sichergestellt werden, dann könne die Zentralbank Notfallliquidität zur Verfügung stellen. Die Solvenz müsse dabei seitens der Wirtschaft sichergestellt werden, der Staat werde sich an der ersten Runde nicht beteiligen. Die aktuellen Bemühungen anderer Staaten (Belgien) erlaubten allerdings zu einem späteren Zeitpunkt eine politische Beteiligung. Sprißler führt hierzu aus, dass die Fortis-Schieflage bis Montag durch den belgischen Staat gelöst werde.

Hierzu ergänzt Weber, dass das Eurosystem am Montag eine Emergency Liquidity Action (ELA) durchführen werde. Wichtig sei zudem, dass sofort mit den korrekten Zahlen operiert werde, man habe nur einen Versuch und der müsse funktionieren. Sollte es zu keiner Lösung kommen, werde Herr Funke bereits am Montag um ein Moratorium bitten. Bei Vorliegen einer nationalen Lösung könne die Bundesbank den Antrag auf Einberufung einer ELA-Sitzung stellen (Liquidität für Montag). Die Bank benötige zur Sicherstellung der Liquidität eine Linie von ca. 35 Mrd. EUR. Für die (nicht repofähigen) freien Assets sei eine Linie von 15 Mrd.

EUR angedacht worden. Es müsse nun eine Lösung gefunden werden, wie die restlichen 20 Mrd. EUR dargestellt werden könnten. Einige repofähige Institute müssten voran gehen; daneben müsse eine staatliche Ausfallgarantie gestellt werden. In einer späteren Phase müssten dann z.B. auch der Sparkassen- und Genossenschaftsbereich einen Beitrag leisten.

Bei der Diskussion der zur Verfügung stehenden Optionen wird unter anderem auch die Möglichkeit einer Insolvenz der deutschen Einheiten erörtert. Diese Alternative wurde von allen Beteiligten wegen der dann zu erwartenden Erschütterungen auf den Finanzmärkten (u.a. Chaos auf den internationalen Märkten, Kollaps des deutschen Bankensystems, Konkurs der Einlagensicherung) umgehend verworfen. Es bestand Einigkeit darüber, dass aufgrund der unkalkulierbaren Folgewirkungen bei der HRE der Einlagensicherungsfall nicht eintreten dürfe, sondern vorher eine Lösung gefunden werden müsse. Die Vertreter der Kreditwirtschaft (Blessing, Ackermann) machten dabei deutlich, dass eine rein private Rettung der HRE nicht bezahlbar sei. Eine zumindest temporäre Absicherung durch die Bundesregierung sei notwendig (Müller). Laut Blessing werde die HRE nicht der letzte Fall für eine Rettungsaktion sein.

Anschließend wurde erneut diskutiert, inwieweit die deutschen Einheiten aus dem HRE-Konzern herausgelöst werden könnten:

Lindlar führt hierzu aus, dass ein Verkauf der deutschen Banken sofort zu einer Insolvenz der Holding führen würde, da der Verkaufspreis sicherlich unter dem Buchwert läge. Er schlägt die Gewährung eines Kredites gegen das Aktienpaket an den deutschen Gesellschaften als Sicherheit vor (Pfandlösung). Die Pfandreife müsse dann in einem gewissen zeitlichen Abstand von der Kreditgewährung erfolgen. Dieser Lösung könne der Vorstand der Holding zustimmen, weil er so Liquidität generieren könne, die er ansonsten nicht mehr erhalten würde. Er könne sich ein Pfandrecht sowie die Berechtigung der Pfandgeber zur Geschäftsführung der deutschen Einheiten vorstellen.

[Im Ergebnis wird diese Pfandlösung vorbehaltlich einer juristischen Detailabklärung durch ein PdB-Team von den Teilnehmern als erstrebenswert angesehen (kein HV-Beschluss erforderlich).]

Lindlar fährt fort, dass diese Lösung anfechtungssicher ausgestaltet werden müsse, sonst fielen die verpfändeten Anteile nach Konkurs der Holding an deren Insolvenzverwalter. Sprißler wendet ein, dass auch bei einem Konkurs der irischen DEPFA erhebliche Kollateralschäden in Deutschland zu erwarten seien. Zu der von den Bankenvertretern geforderten Beteiligung der Politik erklärt Sanio, dass diese durch das heutige Schreiben von BaFin/Bundesbank über den Ernst der Lage unterrichtet sei. Weber ergänzt, dass die politische Bereitschaft zur Unterstützung nach dem IKB-Fall gering sei.

Sanio macht deutlich, dass die zu findende Lösung die Abgabe einer Erklärung zur Gewährleistung der Sicherheit der Einlagen in Deutschland

erlauben müsse. Hierzu erklärt Ackermann nochmals, dass die erforderliche Lösung nur mit Hilfe der Bundesregierung machbar sei.

Lindlar berichtet, dass vier PdB-Arbeitsgruppen mit der Klärung der relevanten Fragen beauftragt seien:

Durchleuchtung der innerkonzernlichen Verflechtungen.

Ermittlung des tatsächlichen Liquiditätsbedarfs.

Juristische Fragen (Möglichkeiten aus genehmigtem Kapital, Möglichkeiten der Neuformierung der Gruppe).

Ermittlung der Auswirkungen auf den Repo-Markt.

[Die Besprechung endet um 17:10 Uhr. Ein erneutes Treffen wird für 21:00 Uhr vereinbart.]

Samstag 27.09.2008, 21:00 Uhr:

[Neben den Teilnehmern des Nachmittags sind zudem anwesend:

Deutsche Bundesbank: Herren Loeper und Jakob

BaFin: Frau AL`in BA 3 Menke

PdB: Rechtsanwaltskanzlei L (Herr Dr. E sowie 2 weitere Mitarbeiter)]

Die Mitarbeiter der Kanzlei stellen die Handlungsalternativen für die Herauslösung der drei deutschen Einheiten vor:

Darlehensgewährung gegen Sicherungsübereignung der Aktien (kein Pfandrecht → sonst im Insolvenzfall öffentliche Verwertung)

Diese Variante wird nur kurz diskutiert, da sie nach allgemeiner Auffassung nicht durchführbar ist. Bei einer Herauslösung der deutschen Einheiten würde §179a AktG greifen, da wesentliche Teile der Holding sicherungsübereignet würden. Daneben stelle sich das Problem der inkongruenten Deckung, falls das Darlehen nicht auch zur Deckung des Liquiditätsbedarfs in Irland verwendet werden dürfe. Sollte dies ausgeschlossen sein, könnte der Insolvenzverwalter der Holding die Sicherungsübereignung anfechten. Seitens der Kanzlei konnte nicht versichert werden, dass die Konstruktion letztlich tragfähig ist. Es herrscht Einvernehmen, diese Variante nicht weiterzuverfolgen.

Treuhandlösung

Die Holding als Treugeber überträgt die Aktien auf ein Vehikel. Hierbei verbleibe nur noch ein Minimum an treuhänderischer Bindung beim Treugeber. Ziel sei die Fortführung der übertragenen Einheiten. Die Holding verpflichte sich gegenüber dem Einlagensicherungsfond mittels

Treuhandvertrag. Es wird ausgeführt, dass es sich um eine „Doppeltreuhand“ handle, neben der Holding sei der Einlagensicherungsfond Sicherungstreugeber. Die vorgenannte § 179a AktG-Problematik stelle sich hier nicht. Der Treuhänder erhalte die Aufgabe die Fortführung der Banken unter seinem oder einem anderen Dach sicherzustellen. Problematisch sei, dass bei einer Insolvenz der Holding der Treuhandvertrag wegfiel. Der Insolvenzverwalter der Holding habe dann das Recht auf Rückübertragung der Aktien in die Masse der Holding. Dies setze jedoch ein erfolgreiches § 2c KWG-Verfahren durch die BaFin voraus. Die BaFin werde nach Einschätzung der Kanzlei-Anwälte einer Rückübertragung an den Insolvenzverwalter der Holding wegen dessen Unzuverlässigkeit nach § 2c-KWG nicht zustimmen. Hierzu wird seitens der Aufsicht ausgeführt, dass man von einer Unzuverlässigkeit des Insolvenzverwalters im Rahmen des § 2c KWG-Verfahrens nicht automatisch ausgehen könne.

Verkauf der deutschen Banken an ein SPV (Erwerbengesellschaft)

Nach Einschätzung von L kann der Vorstand einen Verkaufsvertrag abschließen, in Anbetracht der Alternativen diene ein Verkauf der Werterhaltung. Bei dieser Alternative ergebe sich jedoch erneut die § 179a AktG-Problematik: Eine Übertragung des ganzen Vermögens bedürfe der Zustimmung der HV. Der Verkauf der drei Einheiten berge demnach ein hohes Risiko. Saniq führt hierzu aus, angesichts dieser Vorschrift müsse man unterstellen, dass der Vorstand nicht verkaufen werde.

Das Herauskaufen der drei deutschen Einheiten wird in den folgenden Besprechungen noch mehrfach angesprochen, jedoch aufgrund §179a AktG jeweils übereinstimmend als nicht durchführbar angesehen. Ebenso wird wegen der zu erwartenden Auseinandersetzungen mit den Insolvenzverwaltern und Sachwaltern (Pfandbriefe) das Herauskaufen der Assets aus den Gesellschaften als unmöglich identifiziert.

Der PdB trägt nun die Schwierigkeiten bei einem Moratorium vor: Problematisch sei, dass die Einlagensicherung die Gläubiger entschädigen müsse (genannt wurde ein Betrag von 17 Mrd. EUR), ohne bereits Zugriff auf die Assets zu haben. Diese verblieben bei den Insolvenzverwaltern der drei deutschen Institute, deren Verhalten sei nicht einschätzbar. Favorisiert werde daher ein Gesamtverkauf der HRE. Vorteilhaft sei zudem, dass bei Marktteilnehmern aufgrund der besseren Marktkenntnis höhere Verwertungserlöse zu erwarten seien. Hierzu wird ergänzt (Sprißler), dass eine Insolvenz einer der drei deutschen Einheiten den Zusammenbruch des Pfandbriefmarktes nach sich ziehen würde [wegen des damit verbundenen Vertrauensverlusts].

[22:40 Uhr: Die Mitarbeiter von L
Besprechung.]

verlassen die

Lindlar führt nun aus, dass man auf eine Beteiligung des Bundes drängen müsse. Dafür müsse bis morgen (28.09.2008) ein entsprechender Treuhandvertrag gefertigt sein. Eines seiner Teams habe

versucht einen Überblick über die gesicherten finanziellen Verpflichtungen innerhalb des Konzerns zu gewinnen:

HREB: Gegenüber DEPFA bestünden 1,3 Mrd. EUR Nettoforderungen (Brutto 3 Mrd. EUR). Hier gebe es also in jedem Fall Wertberichtigungsbedarf. Des Weiteren habe die HREB eine Ausfallgarantie (befristet bis 30.11.2008) i.H.v. 4 Mrd. EUR gewährt, der derzeit 2,4 Mrd. EUR zugeordnet seien. Zusätzlich gebe es nach derzeitiger Kenntnis eher unproblematische Put-Optionen. Insgesamt führten die Verflechtungen jedoch zu einem Absturz der Kapitalquote der HREB (vermutlich Überschuldung).

HREBI: Entscheidend sei eine Forderung der Bank gegen die Holding i.H.v. 2,6 Mrd. EUR (begründet zur Finanzierung des DEPFA-Kaufs). Darüber hinaus bestünden Portfoliogarantien, daraus ggf. resultierende Belastungen habe man bisher noch nicht nachvollziehen können. Daneben habe die Bank eine Garantie für eine untergegangene Einheit gewährt, das Schicksal dieser Garantie sei ungewiss. Bei einer Insolvenz der Holding sei die HREBI nicht zu halten.

DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG: Unproblematisch.

Bezüglich der DEPFA Bank plc sei fraglich, ob nicht Irland auch parallel eine Lösung für dieses Institut organisieren könne.

Lindlar beschreibt nochmals das Treuhandmodell (SPV, Treuhandverträge mit der Holding (Geschäftsbesorgungsverträge), SPV-Eigentümer stellen Verkaufsofferte, ohne Käufer Insolvenz der Banken). Fraglich sei, ob der Holdingvorstand sich hierauf einlasse.

Im Ergebnis herrscht Übereinstimmung bei allen Teilnehmern, dass die deutsche Banken-Community dafür einstehen müsse, dass keine dieser Banken in eine Moratoriumssituation gerate.

Blessing drängt erneut auf eine Beteiligung der Politik. Es müsse konkrete Anträge an die Bundesregierung zur teilweisen Abdeckung des Ausfallrisikos durch den Bund geben. Ansonsten stehe am Montag keine deutsche Bank mehr.

Auch die anderen Bankenvertreter betonen erneut die Notwendigkeit einer Beteiligung des Bundes. Die Privatbanken könnten dabei das first loss piece übernehmen (Ackermann: 1-2 Mrd. EUR), den Rest müsse der Staat nehmen. Möglicherweise bleibe am Ende gar kein Verlust für die Beteiligten übrig.

Ackermann gibt zu bedenken, dass die durch den Einlagensicherungsfonds (ESF) geschützte Summe von der Holding mit 24 Mrd. EUR (statt 17 Mrd. EUR) beziffert werde. Er führt aus, dass die Stützung des ESF die beteiligten Banken billiger kommen könnte als 185 Mrd. EUR Assets mit teilweise fraglicher Qualität auf die Bilanzen zu nehmen. Weber verwirft dies: Bei einem Rückfall auf den ESF setze bereits am Montag der Run auf die Banken ein. Durch Assetverwertung

könne die letztendlich benötigte Summe zudem reduziert werden. Aus seiner Sicht müsse das first loss piece beim PdB liegen, den Rest sollte dann der Staat nehmen. Anderenfalls sei das Funding der Banken nicht mehr darstellbar.

An Herrn Dr. Ackermann gerichtet führt Sanio aus, dass die Zweitrundeneffekte nach einem Moratorium verheerend teuer würden. Zu berücksichtigen seien auch die Effekte auf den deutschen Pfandbrief. Man müsse dem Bund die möglichen Alternativen und deren Auswirkungen vortragen:

- worst case-Lösung (alles auf ESF),
- Treuhandlösung,
- Sekundäreffekte (zweite Runde, Dominoeffekt) verdeutlichen.

Außerdem könne nicht nur die Aufsicht an die Regierung herantreten, ein direkter Kontakt BdB-Bund sei erforderlich. Hierzu ergänzt Weber, dass sich die durch einen HRE-Ausfall betroffenen Gegenparteien (Versicherer, Kommunen etc.) direkt bei der Politik melden müssten. Vor dem Gespräch mit der Regierung müsse jedoch der Eigenanteil der privaten Seite festgelegt werden. Bis morgen früh müssten alle Fälle durchdacht und mit Zahlen (Verlustannahmen) hinterlegt werden. Zudem müsse eruiert werden, was außerhalb der Community an sonstigen Belastungen zu erwarten sei. Unabhängig davon werde es am Montag zu weiteren Marktverwerfungen einhergehend mit weiterem Abschreibungsbedarf in Milliardenhöhe (z.B. Fortis) kommen. Im Ergebnis müsse die HRE durch den Bund kontrolliert werden. Diese Auffassung fand allgemeine Zustimmung bei den Vertretern der Kreditwirtschaft.

[Die Sitzung wurde auf Sonntag 28.09.2008, 10:00 Uhr vertagt, Ende um 0:34 Uhr. Die Vertreter der Aufsicht verlassen den Raum, die Bankenvertreter besprechen sich weiter.]

Sonntag, 28.09.2008, 10:40 Uhr:

[Deutsche Bank: Herren Dr. Ackermann, Dr. Bänziger.

Commerzbank: Herr Blessing.

BdB: Herr Müller, PdB: Herr Lindlar.

Deutsche Bundesbank: Herren Prof. Dr. Weber, Prof. Dr. Zeitler, Loeper.

BaFin: Herr Sanio, Frau Lautenschläger-Peiter, Frau Menke, Herr Vahlenkamp.

Telefonisch zugeschaltet: Herr Dr. Sprißler (HVB, zeitweise), Herr Dr. Weber (BdB, zeitweise), Herr Schmitz (BdB, HSBC Trinkaus&Burkhardt, zeitweise).]

Sanio leitet die Sitzung ein. Eine Lösung für die HRE sei nur unter Einbeziehung der Politik – die nach Ansicht von Zeitler ab Montag handlungsfähig sei – absehbar. Es stelle sich die Frage, welches Modell der Politik angeboten werden solle. Vor allem die Rettung der DEPFA sei wegen der Größenordnung schwierig.

Zur DEPFA erklärt Müller, dass die Gesellschaften stärker vernetzt seien als gedacht, dies mache die Rettung allein der deutschen Einheiten schwierig. Auf die Frage von Blessing, wie eine Beteiligung der Politik aussehen könne, erwidert Sanio, dass der Bund kaum daran denken werde, Banken zu verstaatlichen. In erster Linie käme die Stellung von Garantien in Frage.

[Die Bankvertreter diskutieren, wie die Fundinglücke geschlossen werden kann. Die Qualität der Assets der irischen DEPFA wird als gut (aber keine Refinanzierung), die der HRE als eher mittelmäßig bezeichnet.]

Müller drängt auf einen Vorschlag für die Bundesregierung. Es werden die verschiedenen Möglichkeiten diskutiert und folgende Option vorgestellt (Lindlar, Müller):

- Gründung SPV (alternativ Liko-Bank).
- Sicherungsabtretung aller Aktiva der HRE-Gruppe an SPV,
- Bund übernimmt Ausfallgarantie,
- Refinanzierung durch Emergency Liquidity Assistance (ELA).

Weber wendet ein, dass eine Refinanzierung über ELA i.H.v. 15 Mrd. EUR bis 30.09. voraussichtlich nicht möglich sei. Die HRE müsse als Bank solvent sein, nur dann bekomme sie ELA. Voraussetzung für ELA sei eine Banklizenz. Die Liko-Bank habe eine Banklizenz und sei ELA-fähig.

Ackermann führt aus, dass die Holding die Anteile an den Konzerngesellschaften an die Liko-Bank oder die Resba GmbH (Gesellschaft des PdB) übertragen könne. Der Bund garantiere für die Assets, um ELA zu erhalten. Außerdem übernehme der Bund eine Bürgschaft für das Funding der operativen Einheiten.

[Ab 11.20 Uhr sind die Herren Dr. Spießler (HVB) und Dr. Weber (BdB) telefonisch zugeschaltet.]

Ackermann betont nochmals, dass der Bund auch eine Bürgschaft für das Funding der operativen Einheiten übernehmen müsse, d.h. für die gesamten Passiva der vier Institute. Nach Ansicht von Lindlar müssten die vier Einheiten unverzüglich zum Verkauf gestellt werden. In der Holding würden personelle Entscheidungen getroffen, auf die man keinen Einfluss habe. Personelle Konsequenzen müssten zur Bedingung für eine Rettung gemacht werden. Müller schlägt daraufhin eine Sicherungsabtretung mit der Auflage vor, schnellstmöglich und wertschonend zu liquidieren.

[Prof Dr. Weber hat zwischenzeitlich mit Minister Steinbrück telefoniert.]

Weber berichtet, dass der Minister eine Verstaatlichung ablehne. Wenn überhaupt, könne er einem Bailout durch die Einlagensicherung zustimmen. Nach Ansicht von Weber müsse auch die EZB flexibler werden, ein Engagement im EURO-Regime sei erforderlich. Die HRE dürfe jetzt nicht in die Lage kommen, eine § 46b KWG-Anzeige (Insolvenzgrund) abzugeben; dies würde eine Lösung verhindern. Die Banken müssten die erforderliche Liquidität zur Verfügung stellen, der Bund garantiere. Die erste Verlusttranche i.H.v. 2 Mrd. EUR trügen die BDB-Banken. Die zweite Verlusttranche trüge der Bund.

Müller wiederholt, dass man dem Bund schnellstmöglich einen schriftlichen Vorschlag unterbreiten solle. An der Rettungsaktion seien aber nicht nur die privaten Banken zu beteiligen, sondern z.B. auch die Versicherungswirtschaft, die Sparkassen und der Genossenschaftssektor.

Ackermann führt aus, dass die HRE über die nächsten zwei Monate Assets veräußern müsse, um den Refinanzierungsbedarf zu mindern. In einem ersten Schritt solle die EZB ELA i.H.v. 15 – 20 Mrd. EUR zur Verfügung stellen. Dafür stünden Sicherheiten von 42 Mrd. EUR zur Verfügung. Dies sichere die Liquidität der HRE bis Ende Oktober. In einem zweiten Schritt kämen Ende Oktober weitere 15 Mrd. EUR hinzu, wobei diese durch Asset-Verkäufe geringer ausfallen könnten. Ein Problem stelle der haircut dar. Fraglich sei, wie der BdB 15 Mrd. EUR aufbringen könne.

[Die Bundesbank berichtet kurz, dass ohne ELA auch eine Erweiterung des Sicherheitenpools im EZB-System denkbar sei, dies brauche allerdings Zeit.]

Müller gibt zu bedenken, dass die Zahlen der HRE unzuverlässig seien. Keinesfalls dürften es mehr als 15 Mrd. EUR werden. Lindlar sagt eine Prüfung der Zahlen zu. Er weist darauf hin, dass die HRE in erheblichem Umfang offene Kreditzusagen habe, die teilweise im Pfandbriefgeschäft gerollt werden sollten. Nach Ansicht von Weber müsse die HRE in vertraglichem Tempo herunter gefahren werden. Diese Ansicht stößt auf allgemeine Zustimmung.

Lindlar ergänzt, dass die drei deutschen Institute abgewickelt werden müssten. Ackermann fügt hinzu, dass bei der DEPFA so schnell wie möglich eine Bilanzverkürzung erfolgen müsse.

Nach Weber erhalte die Bundesregierung auf diesem Weg vier Wochen Zeit für die Arbeit an einer Gesamtlösung.

[Die Bankenvertreter diskutieren über die Beteiligungsquoten, es werden folgende unverbindliche Zusagen gemacht bzw. Anforderungen an andere Beteiligte angedacht:

- Ackermann für Deutsche Bank: 5 Mrd. EUR,

- *Blessing für Commerzbank und Dresdner Bank jeweils 2.5 Mrd. EUR (Allianz hat noch nicht zugestimmt),*
- *Herr Dr. Sprißler für HVB: 2,5 Mrd. EUR,*
- *Postbank: 1 Mrd. EUR,*
- *Kleinere Institute: 300 Mio. EUR,*
- *Münchener Rück: (soll beteiligt werden),*
- *Einlagensicherung: 0 EUR.*

Die Sitzung wird um 13.00 Uhr unterbrochen und um 14.10 Uhr fortgesetzt. Herr Dr. Sprißler (HVB) ist telefonisch zugeschaltet.]

Ackermann fasst den Stand der Verhandlungen zusammen:

- 15 Mrd. EUR Liquiditätslinie durch Kreditwirtschaft (über SPV, die HRE tritt als Sicherheit freie Assets i.H.v. 42 Mrd. EUR ab).
- 20 Mrd. EUR Liquidität durch EZB (hierfür Bundesgarantie nötig).
- Für etwaige Verluste gilt: 50% Banken, 50% Bund, Cap zugunsten der Banken bei 2 Mrd. EUR.

Lindlar betont, dass ESF nach Lehman nicht mehr als 2 Mrd. EUR aufbringen könne.

[Ab ca. 14.45 Uhr diskutieren die Teilnehmer untereinander und verlassen teilweise den Sitzungssaal. Die Bankenvertreter erörtern erneut die Beteiligungsquoten. Einige nehmen Kontakt mit ihren Back-Offices auf. Es wird ein Schaubild zum Ablauf der geplanten Maßnahmen erstellt (Anlage). Die Teilnahme von Herrn Asmussen wird angekündigt. Die Sitzung wird bis zu seinem Erscheinen unterbrochen. Ab 17.05 Uhr wird die Sitzung unter Teilnahme von Herrn Asmussen fortgesetzt. Herren Dr. Sprißler (HVB), Dr. Weber (BdB) und Schmitz (Bdb, HSBC Trinkaus&Burkhardt) sind telefonisch zugeschaltet.]

Sanio führt Asmussen in den Stand der Diskussion ein. Die deutsche Community sei alleine nicht in der Lage, die Risiken der HRE zu tragen. Eine auf die deutschen Institute beschränkte Rettung scheitere u.a. an § 179a AktG. Deshalb komme nur ein Gesamtmodell unter Einbeziehung der DEPFA in Betracht. Das bislang diskutierte Modell schaffe die erforderliche Zeit für eine endgültige Lösung. In einem ersten Schritt stellten die Banken 15 Mrd. EUR Liquidität zur Verfügung, das gewährleiste das Überleben der HRE für die nächsten vier Wochen. Die HRE verfüge noch über nicht EZB-fähiges collateral i.H.v. 42 Mrd. EUR. Aufgrund der geringen Qualität sei ein hoher haircut anzubringen. Deshalb sei die Liquiditätshilfe auf 15 Mrd. EUR beschränkt. Zur Sicherung der Liquidität bis Ende 2009 seien weitere 20 Mrd. EUR erforderlich. Man beabsichtige die Gründung eines neuen bzw. die

Verwendung eines bestehenden SPV mit Banklizenz. Dieses könne voraussichtlich ELA in Höhe von 20 Mrd. EUR erhalten. Voraussetzung hierfür sei eine Ausfallgarantie des Bundes. Anschließend würden die Institute verkauft und die Holding ginge in die Insolvenz. Es sei nicht zu erwarten, dass Irland die DEPPFA retten werde. Ohne Liquiditätshilfe werde die HRE kurzfristig die Anzeige nach § 46b-KWG abgeben müssen *[wegen der japanischen Einheit der DEPPFA muss eine Lösung bis Montagmorgen 1:00 Uhr - Geschäftsbeginn Japan - gefunden werden]*. Dann müsste die BaFin umgehend Moratorien gegenüber den deutschen Instituten verhängen.

Weber weist darauf hin, dass Frankreich den Banken heute absolute Unterstützung zugesichert habe. Belgien und Holland hätten im Fall Dexia garantiert und die Notenbanken hätten die erforderliche Liquidität zur Verfügung gestellt, bis die EZB ELA gewähre. Angesichts der derzeitigen Lage auf den Finanzmärkten könne man die HRE nicht fallen lassen. Die Ausfallgarantie des Bundes sei unbedingt erforderlich. Ackermann betont, dass eine vergleichbare Lösung wie in Frankreich gefunden werden müsse. Dort gebe es eine Staatsgarantie. Andernfalls fließe die Liquidität zukünftig nach Frankreich. Müller stimmt zu.

Asmussen führt aus, dass der Bund nach Haushaltsrecht Garantien nur übernehmen dürfe, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit für einen Verlust unter 50% liege. Es sei eine Verpflichtungsermächtigung im Bundeshaushalt erforderlich, ggf. sogar ein Nachtragshaushalt. Sanjo erwidert, dass ohne eine Garantie des Bundes am Montagmorgen Moratorien unvermeidbar seien. Weber weist darauf hin, dass ein letter of intent genüge, Ackermann stimmt dem zu.

Asmussen erklärt, dass er zunächst Rücksprache mit Minister Steinbrück und dem Bundeskanzleramt halten müsse. Bis morgen sei eine Lösung nicht möglich. Ackermann weist darauf hin, dass das BMF seit Donnerstag Bescheid wisse. Er werde jetzt gehen und sein Institut darauf vorbereiten, dass morgen früh der Interbankenhandel zusammenbrechen werde.

[Die Bankenvertreter verlassen das Gebäude. Asmussen hat sich ab 18.27 Uhr zu Telefonaten zurückgezogen. Die Bankenvertreter werden telefonisch wieder zurückgerufen. Die nächste Runde tagt ab 22:45 Uhr.]

22:45 Uhr:

Asmussen verlangt eine Entscheidung über das Angebot der Bundesregierung in den nächsten 20 Minuten. Die Verteilung der Lasten müsse wie folgt sein: Der Bankensektor müsse die Mehrheit der Kosten (Verlustquote 55%) ohne den vorgenannten Cap von 2 Mrd. EUR tragen.

Ackermann führt aus, dass dies der Tod des deutschen Bankensystems sei. Bei einer Übernahme von Verlustrisiken in Höhe von 17 Mrd. EUR seien die Ratings nicht haltbar und die Refinanzierung würde wegbrechen. Das Risiko der Banken müsse durch einen „Cap“ auf max.

7 Mrd. EUR begrenzt werden. Die Institute hätten selbst z.B. bei Lehman erhebliche Verluste erlitten und kämpften ebenfalls mit Liquidität und Profitabilität. Der Vorschlag sei nicht darstellbar.

Sanio macht deutlich, dass es, wenn nicht bald eine Einigung erzielt werde, zu einer Verhängung von Moratorien kommen werde. Dabei erinnerte er wieder daran, dass eine Lösung bis spätestens 1:00 Uhr morgens gefunden werden müsse, da die Eröffnung des japanischen Marktes berücksichtigt werden müsse.

Ackermann macht nochmals deutlich, dass es um das Überleben des Finanzsystems gehe. Es sei daher nicht nachvollziehbar, dass es nicht möglich sei, 35 Mrd. EUR Liquidität darzustellen. Weber äußert, dass alle drei Säulen des Bankensystems beteiligt werden müssten.

Ackermann sowie Müller wiederholen, dass 17 Mrd. EUR für das deutsche Bankensystem nicht darstellbar seien, dieser Betrag müsse schließlich auch bilanziell berücksichtigt werden. Gefordert wird eine Staatsgarantie.

Weber führt aus, dass er an einem Scheitern der Rettung nicht mitverantwortlich sein wolle. Die Bundesbank werde prüfen, ob ELA machbar sei, um so die HRE bis Ende der Woche zu retten. Asmussen erklärt, dass er nach telefonischer Rücksprache das Angebot der Regierung nicht erhöhen könne.

[Weber und Asmussen gehen in Telefonkonferenz]

22:55 Uhr: Ackermann will die Runde verlassen.

23:00 Uhr: *[Herr Dr. Budäus (WA 22) kommt hinzu.]* Sanio und Budäus stellen klar, dass die börsennotierte HRE Holding wegen der zugespitzten Lage bald Ad hoc-Meldungen gemäß § 15 WpHG abgeben müsse. Dies werde das Schicksal der Gruppe besiegeln. Menke verlässt den Raum, um die Moratorien gegenüber den deutschen Banken der HRE vorzubereiten.

23:20 Uhr: Müller fragt nach, ob der Finanzierungsanteil der Community von 15 Mrd. EUR stehe, Ackermann verneint.

23:30 Uhr: Asmussen erklärt für die Bundesregierung: 35 Mrd. EUR Bürgschaft, 50% Bund, 50% Banken. Der Cap sei nicht akzeptabel, dies sei mit Kanzlerin und Minister abgeklärt. Die Bankenvertreter halten das für nicht akzeptabel und verlassen den Raum. Die Verhandlungen sind gescheitert.

[Die irische Notenbank und Herr Trichet werden über das Scheitern der Verhandlungen informiert.]

23:35 Uhr: *[Die Vorstände Funke, Dr. Fell, von Oesterreich, die sich in anderen Räumen der BaFin aufgehalten hatten, werden in der Sitzungssaal gerufen.]*

Sanio führt aus, dass die Bankenvertreter die Verhandlungen verlassen hätten, das letzte Angebot der Regierung sei für sie nicht akzeptabel gewesen, die erforderliche „große Lösung“ sei um 23:30 Uhr gescheitert. Gegenüber den Vorständen führt er aus, dass diese nun ihre Pflichten als Vorstandsmitglieder erfüllen müssten.

[Die Vorstände werden insbesondere über die Ad-hoc-Pflicht belehrt (23:40 Uhr). Anschließend (bis 23:57 Uhr) werden sie darüber informiert, dass sie nach dem Scheitern der Rettungsbemühungen die Zahlungsfähigkeit der drei deutschen Kreditinstitute beurteilen müssen, insbesondere ob sie Insolvenzanzeigen an die BaFin richten müssen.]

23:57 Uhr: Ackermann betritt den Raum und erklärt, dass die Bankenvertreter weiterverhandeln möchten. Er habe mit Herrn Steinbrück telefoniert. Dieser habe erklärt, dass der Bund nur 50% nehmen könne. Ackermann führt aus, dass der Gesamtverlust im schlimmsten Fall zwischen 15 und 25 Mrd. EUR liegen werde. Die Banken könnten hiervon 7 Mrd. EUR übernehmen, bei diesem Betrag müsse es einen Cap geben. Herr Steinbrück habe ihm gegenüber erklärt, nochmals mit der Kanzlerin reden zu wollen. Weber führt aus, dass alle Gläubiger der HRE eingeladen werden müssen und je nach Betroffenheit an der Lösung beteiligt werden müssten.

0:05 Uhr: *[Asmussen kehrt zurück.]*

Bänziger erklärt, dass die Privatbanken 2 Mrd. EUR nehmen könnten.

0:08 Uhr: *[Weber informiert die irische Aufsicht bzgl. DEPFA; Maßnahmen seien noch nicht angezeigt, da doch noch weiterverhandelt werde.]*

[Bis zum Besprechungsende verlassen einzelne Teilnehmer nun zeitweise den Raum, um Telefonate zu führen bzw. diskutieren untereinander.]

0:45 Uhr: Asmussen führt aus, dass die Kanzlerin der Lösung nicht zustimme.

1:00 Uhr: Asmussen erklärt, der letzte Vorschlag der Regierung laute 60% der Last für die Industrie, 40% für die Bundesregierung bei einem Cap von 8,5 Mrd. EUR.

1:05 Uhr: Ackermann telefoniert mit einem Vertreter der Bundesregierung und erklärt daraufhin, dass man sich telefonisch geeinigt habe. 60% der Verlustrisiken trage die Industrie, 40 % der Bund; gehe der Verlust über 8,5 Mrd. EUR hinaus, trage der Bund diesen voll.

1:10 Uhr: *[Gemeinsame Presseerklärung von BaFin und Bundesbank (Anlage).]*